

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Rede zum Haushalt 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Gerards, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
sehr geehrte Gäste im Zuschauerraum,
sehr geehrte(r) Vertreter(in) der Presse,

vorab möchten wir uns bei Herrn Gerards und Herrn Louis für die kompetente Beratung zum vorliegenden Haushaltsentwurf bedanken. Unser Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die uns bei Fragen immer gern zur Verfügung stehen.

Bevor ich auf den Haushalt selbst eingehe möchte ich einige Themen ansprechen, die mittel- oder unmittelbar mit dem Haushalt und der Haushaltssituation in Verbindung stehen oder die aufgrund der Relevanz im letzten und in diesem Jahr nochmal angesprochen werden sollten.

Doch vorweg ein Wort in eigener Sache:

In letzter Zeit wurde unserer Fraktion mehrfach und in unterschiedlicher Weise unterstellt, wir wären auf „Kuschelkurs“ mit der CDU-Fraktion. Nicht nur in den sozialen Netzwerken wurde ein solcher „Sprechdurchfall“ (anders kann man solche Äußerungen nicht bezeichnen) teilweise verbreitet, sondern auch hinter vorgehaltener Hand von einigen Ratskollegen*innen, was wir sehr wohl registriert haben.

Ich möchte an dieser Stelle deutlich machen, dass wir uns als Fraktion so entscheiden wie wir es nach Abwägung aller Fakten zum jeweiligen Sachthema für richtig halten. Unsere Positionierung zu einem kommunalpolitischen Thema erfolgt ausschließlich sachorientiert und grundsätzlich unabhängig davon, wie sich die anderen im Rat vertretenen Fraktionen positionieren. Wenn sich unsere Positionierung zu einem Thema mit der der CDU oder einer anderen Fraktion in irgendeiner Form deckt, dann ist das so, weil wir es in der Sache für richtig halten. Deshalb von einem „Kuschelkurs“ zu sprechen ist vollkommen absurd. Es kann doch niemand wirklich wollen und es wäre auch nicht im Sinne unserer Stadt noch unserer „grünen“ Wähler*innen, wenn wir bei allen Positionierungen zu kommunalpolitischen Themen grundsätzlich in Opposition zu anderen Fraktionen, insbesondere der CDU-Fraktion gehen würden und die zugrunde liegende Sache völlig außer Acht lassen.

Wir GRÜNEN versuchen unserer Verantwortung gerecht zu werden und unsere Entscheidungen am Wohl unserer Stadt und all ihrer Bürger*innen zu orientieren und dabei gleichzeitig durch unsere „Grüne Brille“ zu schauen. In diesem Sinne wäre es absolut kontraproduktiv immer die „kompetitive Oppositionsbrille“ aufzusetzen. Opposition ja, aber dann wenn es geboten ist!

Ob dies alle Fraktionen und alle ihre Mitglieder so sehen möchten wir anzweifeln. Uns scheint es im Rat auch diejenigen zu geben, die lieber populistisch denen hinterher rennen, die am lautesten rufen oder sich in den sozialen Medien nach Stammtischmanier äussern. Dafür scheint man sich dann auch noch im übertragenen Sinn „auf die Schulter klopfen“ zu lassen, statt der übertragenen Verantwortung gerecht zu werden.

Natürlich muss jeder selbst wissen, von wem er sich vor einen Karren spannen lässt, jedoch sollten wir alle versuchen zielorientierte Politik zu machen, statt ständig im „Wahlkampfmodus“ zu sein. Es ist der falsche Weg immer danach zu schauen, wieviel Wählerstimmen man mit seiner Positionierung bekommen kann, statt in der Sache zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger*innen zu entscheiden.

Ich spreche hier bewusst keine Fraktion und kein Ratsmitglied namentlich an. Mögen diejenigen, denen diese Schuhe passen, sie sich jetzt anziehen.

Thema: Bürgerentscheide

Zu den politischen Besonderheiten des Jahres 2016 gehören wohl zweifelsohne die beiden Bürgerentscheide zur „Schliessung der Grundschulen Unterbruch und Kempen“ und zur „Wiedereröffnung des Freibades Oberbruch“.

Heinsberg hatte sich erstmals mit Bürgerentscheiden auseinanderzusetzen. Alle Wähler*innen hatten damit zweimal die Gelegenheit, die Politik zu den beiden genannten Themen in Heinsberg aktiv mitzugestalten.

Die Ergebnisse sind bekannt: Beide Bürgerentscheide scheiterten, weil das erforderliche Quorum von 20% nicht erreicht wurde. Nun wurde darüber diskutiert, ob das Scheitern wohl auf die geringe Wahlbeteiligung zurückzuführen sei. Natürlich hätten wir uns auch eine höhere Wahlbeteiligung gewünscht, aber wir machen diese nicht ursächlich für das Scheitern der Bürgerentscheide verantwortlich. Es ist vielmehr davon auszugehen dass diejenigen, die beim jeweiligen Bürgerentscheid in der Sache voll dahinter standen auch zur Wahl gegangen sind und mit „Ja“ gestimmt haben. Dies heisst im Umkehrschluß, dass die beiden Themen nicht genügend Wählern wichtig genug waren, sich dafür auszusprechen.

Das es in der Folge sogar Stimmen gab, die auch das Quorum von 20 % bemängelten ist für uns nicht nachvollziehbar. In einer Demokratie sind grundsätzlich Mehrheiten entscheidend und so gehen wir davon aus, dass sich der Gesetzgeber durchaus etwas dabei gedacht hat, ein Quorum von 20% bei Bürgerentscheiden festzulegen. Warum sollten weniger als 20 % aller Wahlberechtigten entscheiden können, wo es politisch langgeht?

Auch wenn es für die beiden Interessengemeinschaften der Bürgerentscheide vielleicht schmerzlich ist, aus beiden Bürgerentscheiden lässt sich das Fazit ziehen, dass sich die Wähler*innen in einem demokratischen Prozeß gegen die Themen der Bürgerentscheide entschieden haben und damit der Mehrheit im Rat der Stadt gefolgt sind.

Die Heinsberger Zeitung drückte es in ihrer Berichterstattung am 28.11.2016 treffend aus, Zitat: ... „so lässt sich aus den beiden gescheiterten Bürgerentscheiden doch auch eine Erkenntnis gewinnen, die so manchem in den letzten Monaten abhanden gekommen zu sein schien: die Volksvertreter, die im Rat der Stadt sitzen, spiegeln letztlich doch in ihrer politischen Verteilung und Willensbildung eben dieses Volk wider.“ (Zitatende)

Dem ist nichts weiter hinzuzufügen.

Im Übrigen bleibt im Nachgang festzustellen, dass der von uns mitgetragene Ratsbeschluss zu den Grundschulen mittlerweile von allen gerichtlichen Instanzen als rechtmässig bestätigt wurde.

Im Zusammenhang mit dem Bürgerbegehren zur Grundschulschliessung darf ich der SPD-Fraktion noch einmal deutlich sagen, dass wir die mehrfache bewusste oder unbewusste Fehlinterpretation unserer Ausführungen, die sogar auf der Homepage der SPD in verfälschter Darstellung veröffentlicht wurde, nicht nur als unseriös ansehen, sondern auch aufs Schärfste verurteilen. Wir bitten künftig darum bei der Wahrheit und den Fakten zu bleiben und nicht wider besseres Wissen andere Behauptungen aufzustellen.

Die Umstellung der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden auf Briefwahl halten wir in Anbetracht der Verhältnismässigkeit und der damit verbundenen Einsparungen für gerechtfertigt. Dies steht in vollem Einklang mit den Gesetzen und der Gemeindeordnung des Landes NRW. Die demokratischen Prinzipien werden hierdurch vollends gewahrt und keineswegs eingeschränkt. Für uns ist es deshalb nicht nachvollziehbar, dass die SPD-Fraktion in diesem Zusammenhang von einer Gefährdung der Demokratie in Heinsberg spricht.

Auch bei einer Briefwahl ist davon auszugehen dass jeder, der bei einem Bürgerentscheid zustimmen würde, auch seine Stimme abgibt. Wir halten den Aufwand, einen Wahlschein anzufordern keineswegs für grösser, als sich zum Wahllokal aufzumachen. Im Übrigen hat jeder 5 Wochen Zeit seine Stimme abzugeben.

Thema: Abwassergebührenerhöhung

Die im Dezember beschlossene Abwassergebührenerhöhung war für uns keineswegs tragbar. Wir hätten durchaus eine moderate Erhöhung mitgetragen, aber nicht eine solch drastische Erhöhung auf der Grundlage eines geänderten Abschreibungsmodus.

Gemessen am Gesamtbetrag der kommunalen Abgaben und abhängig von den persönlichen Verhältnissen wirkt sich diese Erhöhung für die meisten Haushalte mit einer Steigerung von ca. 8 bis 10 % aus.

Nach unseren Berechnungen kommen damit für die meisten Einwohner Gebühren von ca. 30 Euro und mehr pro Person und Jahr zu.

Dennoch wurde diese Erhöhung gegen die Stimmen unserer Fraktion von allen anderen Fraktionen beschlossen. Beim Bürgerentscheid „Freibad“ war man sich jedoch einig den Einwohnern keine 15 Euro mehr im Jahr zumuten zu können.

Thema: Freibad Kirchhoven

Der Förderverein Freibad Kirchhoven blickt nun auf ein erstes Jahr seines Bestehens zurück und auch auf die erste durchgeführte Badesaison. In dieser Zeit haben die ehrenamtlichen Helfer*innen eine Menge geschaffen, wie z.B.: Pflege der Grünflächen, Erneuerung der Sanitäranlagen, Reinigung des Beckens, Malerarbeiten am Kinderplanschbecken und diversen Räumlichkeiten, sowie Reaktivierung, Instandsetzung, Pflege und Wartung der Beckentechnik und der Pumpen ... um hier nur einige Arbeiten zu nennen.

Aber auch für den täglichen Badebetrieb im Sommer des letzten Jahres haben sich viele engagiert und gute Arbeit geleistet und auch die Arbeit des Vorstandes und der Geschäftsführung darf man an dieser Stelle nicht vergessen.

Wir möchten hier die Arbeit dieser vielen Helfer*innen lobend erwähnen. Sie zeigt, zu was ehrenamtliches Engagement fähig ist. An dieser Stelle ein ganz großes „Dankeschön“ allen Beteiligten, die unter Einsatz ihrer Freizeit dafür sorgen, das Freibad als Bürgerbad zu führen und zu erhalten und wir möchten hervorheben, dass diese Bürger*innen dies für das Gemeinwohl unserer Stadt und für alle Einwohner tun.

Übrigens: Mit Stand 20.02.2017 hat der Förderverein Freibad Kirchhoven 621 Mitglieder und 180 ehrenamtliche Helfer*innen. Es wäre wünschenswert, wenn sich diese Zahlen noch deutlich erhöhen würden, denn dies trägt zur Bestandssicherung des Bades bei.

Thema: Neue Gewerbebetriebe in Heinsberg

Aus unserer Sicht hat die Gewerbeansiedlung im letzten Jahr deutlich an Fahrt aufgenommen. Insbesondere ist hier wohl die vor der Tür stehende Ansiedlung der Firma Firestone zu nennen. Aber auch einige ansässige Gewerbebetriebe haben weitere Flächen erworben, um ihre Betriebe auszubauen bzw. zu expandieren.

Dies kann sich mittel- bis langfristig nicht nur positiv auf die Gewerbesteuererträge auswirken, sondern auch Arbeitsplätze schaffen und damit den Einkommenssteueranteil erhöhen und somit auch zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

Thema: Windkraftanlagen

Für uns ist nicht nachvollziehbar, warum es gegen Windenergieanlagen immer wieder Unmutsäusserungen gibt, so auch beim Errichten der Anlagen in der Nähe von Straeten. Die Errichtung solcher Anlagen erfolgt nach strengen Vorgaben und unter Beachtung der Prämisse, dass keine Beeinträchtigung von Menschen stattfinden darf.

Die Anlagen wurden bzw. werden in einer Entfernung von bebauten Gebieten errichtet, in denen sie weder durch Schall, noch durch Schlagschatten Beeinträchtigungen hervorrufen können. Der bloße Ausblick auf die mehrere hundert Meter entfernt stehenden Anlagen sehen wir grundsätzlich nicht als unzumutbare Beeinträchtigung an.

Die Energiewende verlangt von jedem Bundesland und von jeder Kommune die Einsicht in die Notwendigkeit Maßnahmen mitzutragen, die die Energiewende zum Erfolg führen. Dazu gehört auch die Errichtung solcher Anlagen. Auch möchten wir zu Bedenken geben, dass solche Anlagen erhebliche CO₂-Emissionen einsparen und damit dem Umweltgedanken Rechnung tragen.

Der Strom kommt zwar aus der Steckdose, aber vorher muss er erzeugt werden. Wenn wir weg wollen von einer „dreckigen“ Braunkohle-Stromerzeugung und einer „gefährlichen“ Stromerzeugung mit Kernenergie, dann müssen wir auch bereit sein, eine Stromerzeugung mit sauberen regenerativen Energien zu bejahen.

Dazu gehören eben auch Windenergie- und Solaranlagen. Jeder von uns will Strom haben und wenn wir nicht wollen, dass ein Braunkohlekraftwerk oder ein Atomkraftwerk vor unserer Haustür steht, dann müssen wir bereit sein solche Anlagen zu akzeptieren. Womit wir bei der Kernenergie sind ... Stichwort Tihange.

Tihange:

Dieses marode, in die Jahre gekommene und störfallanfällige Atomkraftwerk muss schnellstmöglich abgeschaltet werden. In diesem Zusammenhang hat sich die Stadt Heinsberg im Rahmen einer Stellungnahme des Kreises auch dagegen ausgesprochen, wie der Bürgermeister im letzten Jahr berichtete.

Aber haben wir damit in Heinsberg genug getan? Sollten wir uns nicht noch mehr gegen diese Gefahr, die als „Damoklesschwert“ über uns schwebt, auflehnen und den Druck erhöhen?

Vielleicht können wir uns in diesem Zusammenhang fraktionsübergreifend auf eine Resolution einigen? Wir sind für Gespräche offen.

Thema: Gülletourismus

Nach einer Anfrage unserer Fraktion im Dezember 2014 sind die Nitratwerte des Grund- und Trinkwassers in Heinsberg selbst „noch“ in Ordnung. Im Kreis gibt es aber zum Teil schon erhebliche Probleme.

Ursächlich dafür ist zweifelsohne die Menge an Gülle, die auf die Felder ausgebracht wird. Dabei wird auch viel Gülle aus den Niederlanden importiert, die das Problem hier noch erheblich verschärft.

In den Niederlanden existieren strengere Vorschriften für das Ausbringen von Gülle als hier bei uns, weshalb es zu diesem Gülletourismus kommt. Wir werden hier zum Entsorgungsgebiet für Gülle unserer niederländischen Nachbarn gemacht, indem diese bei uns die überschüssige Gülle abkippen, die sie im eigenen Land nicht abkippen dürfen. Ich selbst habe schon mehrfach beobachtet, wie ganze Tanklastzüge mit Gülle aus den Niederlanden hier im Stadtgebiet „verklappt“ werden.

Auch habe ich persönlich festgestellt, dass in unserem Stadtgebiet Gülle zum Teil in Zeiten ausgebracht wird, in denen diese nicht ausgebracht werden darf, nämlich zwischen dem 01.11. eines Jahres und dem 31.01. des Folgejahres. Hier erwarten wir eine stärkere Überwachung durch städtische Organe wie beispielsweise durch das Ordnungsamt.

Aufgrund einer Nachfrage unserer Fraktion bei der zuständigen Landwirtschaftskammer erhielten wir die Information, dass man weitgehend weiss, wieviel Gülle aus den Niederlanden importiert wird, aber nicht, wieviel davon tatsächlich in unserem Kreis auf die Felder ausgebracht wird, da auch die Importe für andere Kreise und Regionen zum Teil über den Kreis Heinsberg erfolgen sollen. Für die Stadtebene gibt es gar keine Zahlen.

Insbesondere den Gülletourismus aus den Niederlanden sollten wir nicht länger stillschweigend akzeptieren und uns mit Gülle aus dem benachbarten Ausland überschwemmen lassen.

Nach unseren Erkenntnissen kann durchaus durch Ortssatzungen ein zusätzlicher Rahmen für das Ausbringen von Gülle geschaffen werden. Darauf verweist auch die zuständige Landwirtschaftskammer.

Wir behalten uns in diesem Zusammenhang vor einen entsprechenden Prüfantrag in den Rat einzubringen, der die Möglichkeiten auslotet, wie man dem Gülletourismus durch Ortssatzung entgegenwirken kann.

Wir sollten uns jetzt verstärkt und vorbeugend dafür einsetzen, dass unser Trinkwasser auch in Zukunft einwandfrei bleibt und nicht stillschweigend abwarten, bis auch wir in Heinsberg höhere Nitratwerte feststellen.

Thema: Sondernutzungssatzung

Viele Städte und Gemeinden haben eine Sondernutzungssatzung schon seit Jahren. Die Einführung einer solchen Satzung für die Nutzung des öffentlichen Raumes durch Gewerbetreibende wird zwar nur ein kleiner Beitrag zur Haushaltskonsolidierung darstellen und nach vorsichtigen Prognosen auch nicht allzu viel einbringen, er war aber notwendig und trägt als eine von mehreren Maßnahmen durchaus zur Verbesserung unserer Haushaltssituation bei.

Wir fordern aber auch diese Abgabe nach ein bis zwei Jahren zu überprüfen und eine Kosten-Nutzen-Betrachtung durchzuführen. Gegebenenfalls müssen Nachbesserungen erfolgen.

Thema: Parkgebühren

Die Erhöhung der Parkgebühren haben wir nur widerwillig mitgetragen. Ausschlaggebend für unsere Zustimmung war u.a. die prekäre Parkraumsituation in Heinsberg, die schon lange von uns geforderte Einführung der sogenannten „Brötchentaste“ (also kostenloses Kurzzeitparken) und die Freistellung des AOK-Parkplatzes. Wir hegen daneben auch die Hoffnung, dass höhere Parkgebühren auch dazu geeignet sein könnten stadtnah wohnende Bürger*innen zu einer höheren Fahrradnutzung zu animieren.

Langfristig sollte jedoch auf zeitgenaues Parken für alle umgestellt werden, was sich an Parkplätzen und dem Parkhaus durchaus realisieren liesse.

Thema: Lago – Einleitung von Regenwasser aus dem Gewerbegebiet Kirchhoven

Ein absolutes „NoGo“ ist für uns die beabsichtigte Einleitung von Oberflächenwasser des Gewerbeparks Kirchhoven in den Nordsee des Lago Laprello als Naturschutzsee.

Unsere diesbezügliche schriftliche Eingabe blieb bisher unbeantwortet.

Auf Nachfrage erklärte das zuständige Amt, dass unsere Anregung angenommen und in der Folge ein neues Gutachten in Auftrag gegeben sein soll. Dieses soll Aufschluß darüber geben, ob die bodennahen Abwässer über die vorhandenen Vorfluter abgeleitet werden können und die Dachflächenentwässerung in den See geleitet werden kann.

Mit einer Aussage wird erst Mitte des Jahres gerechnet. Eine schriftliche Antwort auf unsere Eingabe steht somit noch aus.

Thema: Bürgerbeteiligung und Transparenz

Zur Bürgerbeteiligung hatten wir einen Prüfauftrag an die Verwaltung gestellt, der von allen Ratsfraktionen mitgetragen wurde. Antworten haben wir bisher noch nicht bekommen, wir gehen aber davon aus, dass diese zeitnah gegeben werden und werden dann zu diesem Thema eine interfraktionelle Zusammenarbeit anstreben.

Die durch einen Bürgerantrag beantragte Transparenzssatzung konnten wir uns leider nicht anschliessen, weil diese eine Maximalforderung darstellte, die kaum zu erfüllen gewesen wäre und weitere Aspekte wie Kosten, Aufwand und Umsetzbarkeit ausser Acht liess.

Grundsätzlich sind wir GRÜNEN für Transparenz, wo immer es sinnvoll und möglich ist und werden uns auch künftig dafür einsetzen, das Informationsangebot der Verwaltung sukzessiv weiter auszubauen.

Thema: Haushalt und Haushaltskonsolidierung

In den letzten Jahren wurden ausschliesslich negative Jahresergebnisse erzielt, was sich auch in diesem Jahr fortsetzt. Im vorigen Jahr wurde das bisher höchste defizitäre Ergebnis mit mehr als 7 Mio Euro erreicht. Auch die weitere mittelfristige Planung sieht defizitäre Ergebnisse vor, die sich jedoch laut Prognose immer weiter verringern. So soll den Prognosen zufolge die Verringerung des Eigenkapitals ab dem kommenden Jahr deutlich sinken.

Der vorliegende Haushaltsentwurf 2017 umfasst ca. 104 Mio Euro an Aufwendungen, denen ca. 98 Mio Euro an Erträgen gegenüber stehen, sodass wir wiederum ein Defizit von ca. 5,5 Mio Euro zu verzeichnen haben. Dieses ist zwar um rund 1,5 Mio Euro niedriger als im Vorjahr, verringert aber auch wieder das Eigenkapital in beachtlichem Umfang.

Die relative Verringerung der Allgemeinen Rücklage weist in diesem Jahr 4,52 % auf und liegt damit unter der kritischen Marke von 5 %, die im letzten Jahr überschritten wurde.

Für die nächsten Jahre sinkt dieser Wert laut Prognose weiterhin deutlich ab.

Die Summe der Erträge in 2017 steigt laut Plan zum Vorjahr um ca. 6,1 Mio Euro (S. 9), allerdings steigen auch die Aufwendungen zum Vorjahr um 4,6 Mio Euro (S. 17), sodass sich dies relativiert.

Die Ansiedlung grösserer Unternehmen als auch die Expansion bestehender Gewerbebetriebe kann die Gewerbesteuerentwicklung in den nächsten Jahren positiv beeinflussen. Unter der Voraussetzung, dass auch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, kann auch der Einkommensteueranteil ansteigen. Für eine solche Entwicklung werden sich steigende Gewerbesteuersätze jedoch kontraproduktiv auswirken, deren Erhöhung im nächsten Jahr wieder auf der Agenda steht.

Auch in diesem Jahr werden positive Prognosen durch eine höhere Kreisumlage, durch weiter steigende Sozialtransferaufwendungen als auch durch steigende Personalkosten beeinflusst.

Ich möchte an dieser Stelle nicht detailliert in das Zahlenwerk des Haushalts einsteigen. Die grobe Betrachtung des vorliegenden Haushalts verdeutlicht bereits, dass weiterhin die Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung besteht. In diesem Zusammenhang müssen wir unbedingt versuchen weitere Einsparpotenziale zu identifizieren, um die Ausgabenseite noch mehr in den Fokus zu rücken. Bei der Betrachtung der Einnahmeseite sollten wir die sich daraus ergebenden Belastungen, z.B. durch Grund- und Gewerbesteuern, moderat gestalten, auch wenn hierdurch die Haushaltskonsolidierung langsamer vorangetrieben wird, denn höhere Steuersätze wirken sich wirtschaftlichpolitisch kontraproduktiv aus.

Wir sehen auch weiterhin die Notwendigkeit an der Nachhaltigkeitssatzung festzuhalten, auch wenn hierdurch die städtische Investitionstätigkeit aufgrund der stark reduzierten Fremdfinanzierungsmöglichkeit auf das unabdingbare Maß beschränkt werden muss.

Vor dem Hintergrund der dargestellten positiven Haushaltsentwicklung mit immer geringerem Eigenkapitalverzehr sehen wir uns auf einem guten Weg und **stimmen diesem Haushaltsentwurf zu.**

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.